

Antrag

der Abg. Egon Eigenthaler u. a. REP

und

Stellungnahme

des Sozialministeriums

Schutz christlicher Sonn- und Feiertage

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

I. zu berichten,

1. wie sie künftig in Baden-Württemberg die Sonntagsruhe garantieren bzw. neu festlegen will;
2. welche Ausnahmen sie bezüglich
 - a) der Arbeitsregelung
 - b) der Ladenöffnungszeiten
 - c) der Verkehrsbeschränkung
 - d) der Lärmvermeidung und
 - e) sonstiger gesetzlicher Regelungenzum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe zulassen, erteilen, abschaffen oder umgestalten will;

II. dafür Sorge zu tragen,

1. daß keine zusätzlichen Berufs- bzw. Unternehmens- oder sonstige Interessengruppen mit Ausnahmegenehmigungen und derartigen Optionen zur Entheiligung der christlichen Sonn- und Feiertage begünstigt werden;
2. dass die Liste der bisher bestehenden Ausnahmen auf ein Minimum beschränkt bzw. reduziert wird;

III. zu prüfen,

1. ob und wenn ja welche Maßnahmen in welchem Umfang zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe erforderlich sind, nachdem die elektronischen Banking- und Shoppingmöglichkeiten scheinbar zunehmend direkte, persönliche Dienstleistungen ersetzen können;
2. welche Überwachungsmöglichkeiten bestehen
 - a) diese aufzuzeigen
 - b) wenn nötig zu ergänzen
 - c) und konsequent anzuwenden;
3. ob und inwieweit die bestehenden Maßnahmen zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe ihren Zweck erfüllen und falls nicht, sie dem aktuellen Bedarf entsprechend anzupassen.

25. 06. 99

Egenthaler, Deuschle, Huchler, Krisch, Hauser REP

Begründung

Die im Zuge der Globalisierung erneut begonnene Diskussion über die Aufweichung bzw. gänzliche Abschaffung der Ladenschlussverordnung und der Aushöhlung weiterer Maßnahmen zum Schutz der christlichen Sonn- und Feiertage bedarf einer Klärung und verlässlichen parlamentarischen Entscheidung. Dies soll als Bekenntnis zu unserer christlich abendländisch geprägten Kultur angesehen werden.

Die Sonntagsruhe ist darüber hinaus nicht nur religiös bedingt, sondern für eine erfolgreiche Familienpolitik in der Regel dringend erforderlich.

Unsere Kultur, unsere Tradition und unsere Gesellschaftsordnung dürfen nicht ständig durch gewinnorientierte Maßnahmen ausgehöhlt bzw. zerstört werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 20. August 1999 Nr. 24–0141.5/12/4181 nimmt das Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt und Verkehr, dem Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen*

I. zu berichten

I. wie sie künftig in Baden-Württemberg die Sonntagsruhe garantieren bzw. neu festlegen will;

Das Land misst dem Sonn- und Feiertagsschutz, der verfassungsrechtlich sowohl durch das Grundgesetz als auch durch Artikel 3 der Landesverfassung

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

garantiert ist, eine hohe Bedeutung zu. Der arbeitsfreie Sonntag ist eine kulturelle Errungenschaft, die erheblich zur Lebensqualität in Deutschland beiträgt. Es ist unbestritten, dass in begründeten Einzelfällen und zur Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Gemeinwesens auch Ausnahmen vom Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe notwendig sind. In allen diesen Fällen wird das Land, soweit es Entscheidungsspielraum besitzt, in seine Abwägung den Sonn- und Feiertagsschutz mit hoher Priorität einbringen. Ausnahmen dürfen jedenfalls im Ergebnis nicht dazu führen, dass der Sonn- und Feiertagsschutz schleichend ausgehöhlt und zuletzt jeder Wirksamkeit beraubt wird.

Die erkennbaren aktuellen Lockerungstendenzen im Sonn- und Feiertagsschutz beruhen im Wesentlichen auf gegenüber dem baden-württembergischen Gesetz über die Sonntage und Feiertage (Feiertagsgesetz – FTG) vorrangigem Bundesrecht. Eine Änderung dieses Gesetzes wäre somit nicht geeignet, dieser Erscheinung entgegenzuwirken. Das Feiertagsgesetz ist ausreichend, im Rahmen des landesrechtlich Möglichen den verfassungsrechtlich garantierten Schutz der Sonn- und Feiertage zu gewährleisten. Eine Änderung der Rechtslage ist insoweit nicht beabsichtigt.

2. welche Ausnahmen sie bezüglich:

- a) der Arbeitsregelung*
 - b) der Ladenöffnungszeiten*
 - c) der Verkehrsbeschränkung*
 - d) der Lärmvermeidung*
 - e) sonstiger gesetzlicher Regelungen*
- zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe zulassen, erteilen, abschaffen oder umgestalten will.*

Das Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen, die hiervon zulässigen Abweichungen und die Voraussetzungen, unter denen Bewilligungen von Ausnahmen durch die Aufsichtsbehörden der Länder zu erteilen sind, werden durch das Arbeitszeitgesetz des Bundes geregelt. Soweit die Aufsichtsbehörden nicht unmittelbar durch die gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet sind, bei Vorliegen der Voraussetzungen die gewünschten Ausnahmen zuzulassen, haben die Aufsichtsbehörden nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Eine Grundlage für restriktive Eingriffe des Landes ist somit nicht gegeben. Soweit es das Arbeitszeitgesetz zulässt, durch Landesrecht in Ergänzung zu den bereits im Gesetz enthaltenen Abweichungen eigene Regelungen zu treffen, hat das Land in der Bedarfsgewerbeverordnung vom 16. November 1998 in weitgehender Übereinstimmung mit einem von den Bundesländern erarbeiteten Musterentwurf nach sorgfältiger Abwägung der betroffenen Rechtsgüter die notwendigen Regelungen getroffen.

Die Landesregierung beabsichtigt derzeit nicht, über die bestehenden Ausnahmen hinaus weitere Ausnahmen vom Verbot der Sonn- und Feiertagsbeschäftigung zuzulassen; es ist auch nicht beabsichtigt, Ausnahmen abzuschaffen oder umzugestalten. Die Regelung der Voraussetzungen für die Gewährung von Ausnahmen durch die Aufsichtsbehörden der Länder fällt in die Kompetenz des Bundes und steht nicht zur Disposition der Landesregierung.

Die Ladenöffnungsmöglichkeiten sind weitgehend bundesrechtlich durch das Ladenschlussgesetz vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluss und zur Neuregelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 30. Juli 1996, BGBl. I S. 1186 – LadSchlG) vorgegeben. Danach müssen Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden geschlossen sein.

Von diesem Grundsatz gibt es zahlreiche Ausnahmen, die im Folgenden im Überblick aufgezählt werden:

- für Apotheken nach § 4 LadSchlG,
- für Warenautomaten nach § 7 LadSchlG,
- für Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen nach § 8 LadSchlG i.V. m. der landesrechtlichen Regelung für den Hauptbahnhof Stuttgart und die Klett-passage in § 5 der Verordnung des Landes über den Ladenschluss (Ladenschlussverordnung – LadSchlVO),
- für Verkaufsstellen auf Flughäfen und in Fährhäfen nach § 9 LadSchlG i. V. m. der landrechtlichen Regelung für den Flughafen Stuttgart in § 6 LadSchlVO,
- für Kur- und Erholungsorte nach § 10 LadSchlG i. V. m. § 1 LadSchlVO und deren Anlage 1,
- für den Verkauf in ländlichen Gebieten während der Zeit der Feldbestellung und der Ernte nach § 11 LadSchlG i. V. m. § 3 LadSchlVO,
- für den Verkauf bestimmter Waren (Milch- und Milcherzeugnisse, Bäcker- und Konditorwaren, frische Früchte, Blumen und Zeitungen) an Sonntagen nach § 12 LadSchlG i. V. m. der Verordnung über den Verkauf bestimmter Waren an Sonn- und Feiertagen vom 21.12.1957 (BGBl. I S. 1881, zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.7.1996, BGBl. I. S. 1186) und i.V.m. § 7 LadSchlVO,
- für die Festsetzung von Verkaufssonntagen an jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertagen nach § 14 LadSchlG,
- für den Sonntagsverkauf am 24.Dezember nach § 15 LadSchlG,
- befristete Ausnahmen in Einzelfällen, wenn die Ausnahmen im öffentlichen Interesse dringend notwendig werden (§ 23 LadSchlG).

Die dargestellten Ausnahmen vom sonntäglichen Ladenschluss sind entweder bundesrechtlich vorgegeben oder sie beruhen auf bundesrechtlichen Vorgaben, die im gesamten Bundesgebiet von den Bundesländern umgesetzt werden. Landesrechtlich soll an dem bestehenden Zustand derzeit nichts geändert werden.

Hinsichtlich der bundesrechtlichen Regelungen sollen zunächst die Ergebnisse der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten des ifo-Instituts und der Sozialforschungsstelle Dortmund über die Auswirkungen der letzten Novellierungen des Ladenschlussgesetzes sowie der Bericht der Bundesregierung hierzu abgewartet werden, bevor über eventuelle Initiativen der Landesregierung auf Bundesebene entschieden wird.

§ 30 Abs. 3 der Straßenverkehrsordnung sieht an Sonn- und Feiertagen in der Zeit von 0.00 bis 22.00 Uhr ein Fahrverbot für Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 t sowie für Anhänger hinter Lastkraftwagen vor. Vom Verbot ausgenommen sind kombinierte Güterverkehre (Schiene–Straße und Hafen–Straße) sowie Beförderungen bestimmter, frischer Lebensmittel. Da die Straßenverkehrsordnung Bundesrecht ist, hat Baden-Württemberg nur über seine Mitwirkung im Bundesrat Einfluss auf mögliche Änderungen.

Bereits seit längerer Zeit beraten Bund und Länder über mögliche Änderungen, die insbesondere die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis der Länder zum Ziel haben. Bundestag und Bundesrat haben sich bislang gegen EU-Pläne nach Beschränkung der nationalen Fahrverbote auf die Zeit von 7.00 bis 22.00 Uhr gewandt.

Die Sonn- und Feiertagsruhe kann insbesondere durch Freizeitlärm beeinträchtigt sein. Der Konflikt zwischen Ruhebedürfnis und aktiver Freizeitgestaltung tritt an Sonn- und Feiertagen besonders hervor. Freizeitlärm kann von einer Vielzahl von Anlagen ausgehen. Die Bereiche Sportanlagen sowie immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftige Freizeitanlagen sind abschließend geregelt.

Für die Beurteilung und Bewertung von Freizeitlärm, der von immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftigen Freizeitanlagen wie z. B. Spielhallen, Rummelplätze, Freilichtbühnen, Freizeit- und Vergnügungsparks, Badeplätze, Zirkusse etc. hervorgerufen wird, gelten die Vorgaben des § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz. Danach müssen die Anlagen so errichtet und betrieben werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Zur Konkretisierung dieser Pflicht haben die Länder eine „Musterverwaltungsvorschrift zur Ermittlung, Beurteilung und Verminderung der Geräuschemissionen von Freizeitanlagen“, die sog. „Freizeitlärm-Richtlinie“, erarbeitet. Diese liegt den zuständigen Behörden in Baden-Württemberg als Entscheidungshilfe vor. Daneben können jedoch auch die 18. BImSchV und die TA Lärm als Entscheidungshilfe bei der Beurteilung von Lärm von diesen immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen herangezogen werden.

Diese drei Erkenntnis- und Entscheidungsgrundlagen weisen hinsichtlich der Beurteilung von Freizeitlärm an Sonn- und Feiertagen deutliche Unterschiede auf. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr prüft daher, ob eine Bewertungs- und Ermittlungsvorschrift in Baden-Württemberg für immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftige Freizeitanlagen verbindlich vorgegeben werden soll; Änderungen dieser Regelungen sind nicht beabsichtigt.

Eine Änderung sonstiger gesetzlicher Regelungen zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe ist derzeit nicht beabsichtigt.

II. dafür Sorge zu tragen,

- 1. dass keine zusätzlichen Berufs- bzw. Unternehmens- oder sonstige Interessengruppen mit Ausnahmegenehmigungen und derartigen Optionen zur Entheiligung der christlichen Sonn- und Feiertage begünstigt werden;*
- 2. dass die Liste der bisher bestehenden Ausnahmen auf ein Minimum beschränkt bzw. reduziert wird;*

Die Voraussetzungen für Abweichungen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen sowie für die Erteilungen von Ausnahmegenehmigungen durch die Aufsichtsbehörden der Bundesländer sind durch das Arbeitszeitgesetz des Bundes geregelt.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen haben die Betriebe in der Regel einen einklagbaren Rechtsanspruch auf die Feststellung der Zulässigkeit der Beschäftigung von Arbeitnehmern an diesen Tagen bzw. die Bewilligung der Ausnahmen.

Die Landesregierung hält es grundsätzlich für erforderlich, dass die Gesetze des Bundes von den Verwaltungsbehörden der Länder weitgehend bundeseinheitlich vollzogen werden. Sie unterstützt deshalb die Bemühungen der Bundesländer um die Erarbeitung von Musterregelungen für landesrechtliche

Vorschriften und bundeseinheitliche Grundsätze beim Vollzug der Rechtsvorschriften zum Arbeitszeitrecht.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme zu Nr. 2 a) verwiesen.

III. zu prüfen

- 1. ob und wenn ja welche Maßnahmen in welchem Umfang zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe erforderlich sind, nachdem die elektronischen Banking- und Shoppingmöglichkeiten scheinbar zunehmend direkte, persönliche Dienstleistungen ersetzen können;*
- 2. welche Überwachungsmöglichkeiten bestehen*
 - a) diese aufzuzeigen*
 - b) wenn nötig zu ergänzen*
 - c) und konsequent anzuwenden;*

Elektronische Dienstleistungen können global und somit grenzüberschreitend angeboten werden. Sie entziehen sich also weitgehend dem nationalen Regelungsbereich. Maßnahmen zur Einschränkung dieser Aktivitäten wären mit massiven Eingriffen in die persönliche Informationsfreiheit der Bürger verbunden und erscheinen unter rechtsstaatlichen Erwägungen nur dann vertretbar, wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

Auf landespolitischer Ebene können lediglich Beiträge dazu geleistet werden, Wettbewerbsverzerrungen für die regionale Wirtschaft, die durch elektronisch angebotene Dienstleistungen verursacht werden können, so weit wie möglich zu begrenzen.

- 3. ob und inwieweit die bestehenden Maßnahmen zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe ihren Zweck erfüllen und falls nicht, sie dem aktuellen Bedarf entsprechend anzupassen.*

Die Landesregierung vertritt die Auffassung, dass die bestehenden Maßnahmen und Regelungen zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe ihren Zweck erfüllen. Die Sonn- und Feiertagsruhe ist ein hohes, grundgesetzlich geschütztes Rechtsgut, das jedoch in Konkurrenz zu anderen, ebenso hohen Rechtsgütern steht. Bei der Beurteilung der Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit der Regelungen zur Sonn- und Feiertagsruhe ist somit immer auch eine Abwägung der verschiedenen tangierten Rechtsgüter vorzunehmen. Die Rechtsvorschriften selbst beschreiben die Voraussetzungen für diese Rechtsgüterabwägung hinreichend. Soweit durch eine Veränderung äußerer oder innerer Rahmenbedingungen oder der gesellschaftlichen Auffassungen eine Anpassung der Rechtsvorschriften erforderlich scheint, wird sich die Landesregierung ggf. hierfür nach sorgfältiger Abwägung der Rechtsgüter einsetzen.

In Vertretung

Heineken

Ministerialdirigent